

Konferenz an der Andrassy Universität

Zwischen vielen Stühlen

Eine internationale Tagung an der Andrassy Universität Budapest zu Minderheitenfragen in Ungarn und in den Nachbarländern im 20. und 21. Jahrhundert brachte Wissenschaftler von internationalem Format, einen ungarischen Fotokünstler und ein vielseitig interessiertes Publikum zusammen.

Organisiert vom universitätseigenen Donau-Institut für Interdisziplinäre Forschung, unter Leitung der wissenschaftlichen Mitarbeiterin Enikő Dáczy bewies die deutschsprachige Andrassy Universität Budapest (AUB) mit der Veranstaltung der „Minderheitenfragen in Ungarn und in den Nachbarländern im 20. und 21. Jahrhundert“ betitelten Konferenz, erneut ein erstklassiges Forum für gesellschaftspolitische Fragen im mitteleuropäischen Raum zu sein. Es war die AUB, das Institut für Minderheitenforschung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und das in München beheimatete Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas, die am 21. und 22. Februar gemeinsam als Veranstalter dieser spannenden Tagung auftraten. Ein präziser Einstieg in die theoretischen und rechtlichen Fragen gelang Günther Rautz von der Europäischen Akademie Bozen, der das Zusammenspiel der relevanten internationalen Organisationen und deren wichtigste Dokumente vor Augen führte: der Europarat mit seiner Menschenrechts- und Minderheitenkonvention sowie seiner Konvention zum Gebrauch von Minderheitensprachen; die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und ihr Hoher Kommissar für nationale Minderheiten; schließlich die Europäische Union mit ihren Dokumenten bezüglich der Grundrechte europäischer Bürger.

Historische Perspektiven

Bezüglich der historisch zurückliegenden Epochen wurde neben den Siebenbürgern Sachsen, den Ungarndeutschen in Zeiten des

Umbruchs und der Krise besonderes Augenmerk geschenkt. Es war insbesondere der Pécs-Historiker Gerhard Seewann, der luzide nachweisen konnte, wie sehr in der Zwischenkriegszeit die deutsche Minderheit in Ungarn zwischen die Mühlsteine des nationalistischen Horthy-Regimes und des faschistischen Hitler-Deutschlands kam. In diesem Dreieck war die deutsche Minderheit der schwächste der drei Akteure. Sie wurde buchstäblich zwischen den Interessen der beiden stärkeren aufgerieben. Und sie wurde nach 1945 erst noch bestraft, wie Ágnes Tóth (Institut für Minderheitenforschung, MTA) und Sebastian Sparwasser (AUB) anhand neuer lebensgeschichtlicher und Dóra Frey (AUB) anhand völkerrechtlicher Quellen belegen konnten.

Minderheitenfragen der Gegenwart

In den Referaten zur Gegenwart kam die vergleichende Perspektive mit Österreich und der Slowakei, das heißt das Verhältnis der deutsch- und slowakischsprachigen Mehrheits- und der slowenischen bzw. ungarischen Minderheitsbevölkerung in Kärnten bzw. im Süden der Slowakei zur Sprache. Der auffälligste Gegensatz, der auch schon im früheren Referat von Günther Rautz anklang, war dass sowohl in Österreich als auch in Italien in den vergangenen zwanzig Jahren ein auffälliger Gesinnungswandel stattgefunden hat. Er lautet: das Zusammenleben zweier oder mehrerer Kulturen wird auch von der Mehrheitsbevölkerung als ein eindeutiges Plus wahrgenommen. Augenfällig sei, so Günther Rautz wie auch Vladimir Wakounig von der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, dass



Auf der Konferenz wurde deutlich, dass Vielfalt in der Gesellschaft auch als Chance wahrgenommen wird.

ganz normale und insbesondere bildungsbegeisterte deutschsprachige Kärntner oder Italiener bereit, sogar motiviert sind, ihre Kinder in Schulen zu senden, die den Minderheiten zugeordnet sind. Mehrsprachigkeit und kulturelle Mehrpoligkeit ist eine Investition in die Zukunft – so lautet die Botschaft aus Kärnten und dem Südtirol. Zu hoffen ist, dass in einem sich vereinigenden Europa dieser Trend auch in der Slowakei und in Siebenbürgen langsam um sich greifen wird.

Romafragen von Erzherzog Joseph bis zur EU

Strategien für und mit der Roma-Bevölkerung konnten nicht ausblei-

ben. Die Budapest-Historikerin Erzsébet Magyar berichtete vom Interesse des Erzherzogs Joseph, entstammend einer ungarischen Linie des Habsburgerhauses, an Sprache und Kultur der Roma vor mehr als einhundert Jahren. In den Gegenwartsfragen zeichnete Margit Feischmidt (Institut für Minderheitenforschung, MTA) den Fall Gyöngyöspata nach, während die Politologen Stephan Müller (Wien und Budapest) und Melani Barlai (AUB) nachweisen konnten, dass die EU-Programme zur Verbesserung der Lebenssituation dieser Minderheit zwar beitragen wollen, viele bürokratische Hindernisse jedoch an deren Qualität zweifeln lassen.

Begleitet wurde die Konferenz durch eine Ausstellung von Foto-

grafien von Alexander Schikowski, der die Koexistenz der Lebensweisen der Mehrheitsbevölkerung und der Roma-Minderheit in Ungarn und Rumänien mit seiner Kamera einfangen konnte. Berührend sind diese Fotografien bezüglich des Alltags der Minderheitenbevölkerung, atemberaubend und beängstigend werden sie, wenn Jobbik-Militaristen in ihren Uniformen am gleichen Ort ihre Machtdemonstrationen veranstalten. Die Ausstellung „Roma in Ungarn“ ist bis 31. März des Jahres in der „Kossutheria“ – das ist die Cafeteria – der Andrassy Universität Budapest zu sehen (Eintritt frei, Montag bis Freitag 9 bis 18 Uhr).

DR. CHRISTOPHER WALSCH

Minister Zoltán Balog im Haus der Deutsch-Ungarischen Wirtschaft

„Die Wirtschaft muss aus dem Defizit heraustreten“

Mit starker Stimme und Selbstvertrauen sprach Minister Zoltán Balog am vorvergangenen Donnerstag über die Bedeutung der sozialen Bildungssysteme für die Entwicklung der Wirtschaft in Ungarn. Die Erhaltung von Arbeitsplätzen und die Umstrukturierung der Universitäten waren sodann auch zentrale Punkte der Rede des Ministers für Humanressourcen. Auf den Vortrag folgte eine lebhaft Diskussionsrunde.

Balog beginnt mit einem Rückblick: „Als 1990 über eine Million Arbeitsplätze in Ungarn gestrichen wurden, konnten sich die für eine spezielle Tätigkeit qualifizierten Arbeiter nicht neu platzieren. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus wurde der Staat unfähig, die Wirtschaft zu lenken und schuf Beihilfesysteme.“ Diese waren jedoch vorerst keineswegs finanzierbar, so der Minister. Das Minimum der Versorgung musste gesichert, folglich musste ein durchdachtes Konzept der Wirtschaftsführung entwickelt werden. „Doch wie hätte so ein System aufgebaut werden können, wenn man noch gar nicht wissen konnte, wie sich die Wirtschaft entwickeln würde?“ Die staat-

lichen Vorgänge wurden nicht überwacht, somit konnten die Entwicklungen innerhalb des Staates nicht verfolgt oder überprüft werden. „Dies führte schließlich zu einem Desaster“, erklärt Balog. Der Minister führte auch gleich ein aussagekräftiges Beispiel an: Anfang des Jahres zeigte eine Statistik, dass Lehrer in Budapest mehr Gehalt bekämen, als ihre Kollegen auf dem Land. Hierfür müsste es jedoch zentrale Festlegung geben, wie auch für die Bildungs-, Gesundheits- und Rentensysteme, betonte Balog. In welche Richtung sich die Zukunft jedoch wenden würde, könne nicht vorhergesagt werden. Die Besetzung der Hochschulen zeige dies deutlich: „Die Universitäten verzeichnen bis zu 50 Prozent weniger Studenten als im Vorjahr allerdings wurden etwa zehn Prozent mehr Lehrkräfte eingestellt.“ Um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken will Balog in Zukunft einen 5-Jahres-Plan verfolgen.

Den Arbeitsmarkt attraktiv gestalten

Das soziale System, insbesondere die Aktivierung des Arbeitsmarktes, seien jedoch

das Schwierigste. Die neu eingeführte Arbeitshilfe, die sich am Prinzip der Arbeitslosenhilfe orientiert sei ein Programm für öffentliche Arbeiten. Darunter seien Renovierungsarbeiten oder Tätigkeiten für die Industrie zu verstehen. 50.000 Angehörige der Roma-Minderheit sind so beschäftigt, hob der Minister stolz hervor. Damit würden viele ihr erstes reguläres Arbeitsverhältnis eingehen. Mehrere tausend Interessente wurden bisher eingearbeitet, jedoch waren die Aufnahmekapazitäten der Zahl der Bewerber weit unterlegen. „Ein sogenanntes Sozialisierungsprogramm soll die Romagemeinde stärken und beschäftigen, keineswegs auflösen“ betonte Balog mit Nachdruck.

Investitionen in die Zukunft

Um Fehlstunden in ungarischen Schulen zu minimieren, führte die Regierung 1999 eine Regelung ein, dass wenn ein Kind sechs Stunden unentschuldigt in der Schule fehlt, das Kindergeld gekürzt, wenn nicht gar ganz gestrichen wird. Weite Teile der Bevölkerung reagierten daraufhin mit Protest und zwangen die Regierung zurückzurufen. „Aber“,

berichtet Balog zufrieden, „in diesem Jahr gab es 40 Prozent weniger Fehlstunden an ungarischen Schulen.“

Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz war die Problematik um die Studierenden. 20 Prozent seien an einem Arbeitsplatz tätig, für den kein Diplom nötig wäre. Balog weiter: „Außerdem ist die Auswanderung der Studierenden, die nach ihrem Abschluss ins Ausland gehen und ihrem Ausbildungsland Ungarn – das für sie die Finanzierung der Studiengänge übernommen hat – den Rücken kehren, ein großes Problem.“ Dadurch kippe die Wirtschaftslage. Auf eine Frage aus dem Publikum, wie man gegen diese Entwicklung wirken könne, antwortete Balog, dass es kein Problem darstelle, wenn die ausgewanderten Arbeiter ihr Kapital in Ungarn anlegen, was auch ein Großteil täte. Balog merkte weiterhin an, dass man die Verdreifachung der Erasmus-Studierenden in Ungarn als ein neues Ziel verfolgen würde. Bei der Frage aus der Diskussionsrunde „Bis wann werden wir eine Rente haben?“ trug der Minister ein Lächeln auf den Lippen und versicherte, dass die Rentenauszahlung erst mit dem Tod aufhöre.

ALEXANDRA SZ.